

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin-Peter Houscht

Übergangsregierung

In der Frage einer neutralen Übergangsregierung ist auch im 18. Monat seit Ausbruch der politischen Krise (siehe dazu 'Südasiens' 4-5/94 ff) kein Durchbruch erzielt worden. Im Gegenteil: Es scheint, als ob die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter Vorsitz der Premierministerin Khaleda Zia weiter auf Zeit spielt, indem sie verfassungsrechtliche Aspekte bemüht und damit den Zeitpunkt der Parlamentswahlen weiterhin offen läßt.

Die gegenwärtige Diskussion dreht sich um die Frage, ob die Oppositionspolitiker an neunzig aufeinanderfolgenden Sitzungstagen gefehlt haben, und ab wann und wie zu zählen ist. Zur Klärung dieser und einiger anderer Fragen hatte Präsident Biswas am 4. Juli die Appellationskammer des Obersten Gerichts angerufen. In einem 54-seitigen Bericht hat nun das Gericht reagiert und 87 Sitze (Stand: 4. August) für "vakant" erklärt. Damit müssen in den betroffenen Gebieten innerhalb von 90 Tagen Nachwahlen stattfinden. Unter besonderen Umständen - "for reasons of an act of God" - ist eine zweite 90 Tage Frist denkbar. Nachwahlen würden indes zu einem Boykott der Oppositionsparteien führen, die mit ihrem Rücktritt Ende 1994 bekanntlich den Druck auf die BNP erhöhen wollten, Parlamentswahlen unter einer neutralen Übergangsregierung (NCG) abzuhalten. Die sind nun für Februar 1996 vorgesehen. Die Diskussion über den Status der Oppositionspolitiker und über Nachwahlen verstellt den Blick für das Notwendige - eine Lösungsformel in der Frage der NCG zu finden. Die Demokratie in Bangladesh braucht faire und freie Wahlen unter Beteiligung aller demokratischen Parteien. Mit der Errichtung von Nebenschauplätzen - eine Strategie, die von der BNP auch gegenwärtig noch verfolgt wird -, kommt man diesem Ziel kein Stück näher. Zur Zeit bewegt man sich eher einen Schritt vorwärts und zwei zurück.

Schüler fordern Recht auf Mogeln

70 Verletzte forderte kürzlich eine

bizarre wirkende Demonstration von Schülern in Dhaka. Die Schüler forderten ein "Recht auf Mogelei", von dem sie in den anstehenden Klausuren Gebrauch machen wollten. Sie griffen mit selbst hergestellten Bomben, Hockeyschlägern und Steinen die Examensorte an. Verärgerte Schüler hatten wenige Tage vor dieser Demonstration einen Lehrer ermordet, der sie am Mogeln hindern bzw. die Schuldigen von den Tests ausschließen wollte. Betrügereien während der Examenszeit sind bereits zur Tradition geworden. Auch Lehrer haben sich in der Vergangenheit daran beteiligt. In diesem Jahr versuchen 500.000 Studenten ihr "higher secondary" Zertifikat zu erwerben. 8.000 von ihnen sind bereits ausgeschlossen worden - wegen Wahrnehmung "ihres Rechts".

Keine Fünfjahrespläne mehr

Mit dem Auslaufen des vierten Fünfjahresplans (FJP, 1990-1995) soll es keine weiteren FJP mehr geben, sondern einen "Perspective Development Plan" (PDP) mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Nach den Worten des Planungsministers Moeen Khan soll mit dem PDP ein flexibleres Planungsinstrument geschaffen werden, das als Grundlage für eine kohärente Programm- statt Projektplanung dienen soll. Der Plan soll zum einen die regionale Planungsebene (bis zur Distriktebene), zum anderen die nationale Planungsebene auf der Grundlage einzelner Sektoren enthalten.

Auf regionaler Ebene soll ein Art Inventar der bestehenden Ressourcen sowie der Erwartungen der Menschen erstellt werden. In elf von 64 Distrikten wurde dies bislang von Beamten des Planungsinstrumentariums unter Mithilfe des 'District Commissioners' geleistet. Gestuft nach kurz-, mittel- und langfristigen Ansätzen sollen Entwicklungsstrategie sowie Ressourcenverfügbarkeit flexibel gehandhabt werden. Auf nationaler Ebene wird versucht, eine stärkere Koordination des Planungsinstrumentariums mit den Fachministerien zu erreichen, um dem Gebot der Kohärenz Rechnung zu tragen. Änderungen

hinsichtlich der Entwicklungsprioritäten gibt es nicht.

Mojeen Khan nennt Armutsbekämpfung, Arbeitsplatzbeschaffung, Bildung und stärkere Einbeziehung der Frauen in Entwicklungsaktivitäten als Kernbereiche. Die durch den PDP hervorgehobene Strategie zur Erreichung dieser Ziele besteht aus drei Hauptelementen: (1) Einbeziehung der Bevölkerung in den Planungskontext von Entwicklungsaktivitäten im Sinne des Partizipationsgedankens, (2) Schwerpunktsetzung im Bereich privater und öffentlicher Investitionen, ohne die eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung nicht möglich sein wird, (3) Entwicklung eines institutionellen Rahmens auf lokaler Ebene, der eine effektivere und schnellere Implementation der Entwicklungsprogramme ermöglicht. Mit der Stärkung des Partizipationsgedankens im Entwicklungsprozeß wird, so Khan, nicht nur deren positive Wirkung erhöht, sondern auch die demokratischen Wurzeln des Landes.

Vereinbarung über Ende der Kinderarbeit unterzeichnet

Die bangladeschische Bekleidungsindustrie kann Entwarnung geben. Anfang Juli unterzeichnete die 'Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association' (BGMEA), der bangladeschische Dachverband der Textilunternehmen, sowie UNICEF und ILO ein Abkommen, das die Entlassung aller Kinderarbeiter unter 14 Jahren bis zum 31. Oktober diesen Jahres vorsieht. Damit sind auch die Boykottandrohungen, die die Washingtoner 'Child Labour Coalition' im Mai gegen bangladeschische Textilimporte ausstieß, vom Tisch (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/95). Damit die Kinder nicht von der Fabrik auf die Straße landen, sind einige Maßnahmen vereinbart worden, die den Prozeß sozial abfedern sollen. So sollen die entlassenen Kinder neuerrichtete Schulen besuchen können und mit einem Stipendium für die Dauer von drei Jahren ausgestattet werden. Ein Ausschuß soll die Umsetzung der Vereinbarung überwachen.

Preisanstieg bei Nahrungsmitteln

Großflächige Überschwemmungen im Gefolge des Monsuns und die Raffgier der Händler sorgen für Höchstpreise bei wichtigen Lebensmitteln. So stiegen die Preise zum Beispiel für Pajam Reis um rund dreizehn Prozent, für Hülsenfrüchte um bis zu einem Drittel. Nachdem eine langanhaltende Dürre bereits die Boro-Ernte in Mitleiden-schaft gezogen hatte, haben die früh einsetzenden Monsunregenfälle Schätzungen zufolge ein Achtel der Aus- und Amonanbaufläche zerstört. Der Preisanstieg geht jedoch nicht alleine auf das Konto der Überschwemmungen. Auch die Händler sehen wieder ihre Chance, aus der Notsituation Kapital zu schlagen, indem sie Lebensmittel horten. Bereits im März und April hatten Unregelmäßigkeiten bei der Düngemittelverteilung zu Protesten bei den Bauern geführt (siehe dazu auch 'Südasiens' 4-5/95).

Biogas in Bangladesh

Biogas soll helfen, das schnelle Aufzehren der natürlichen Erdgasressourcen zu verhindern. Nach Schätzungen von Experten werden die Erdgasreserven, gegenwärtig auf 590 Milliarden Kubikmeter geschätzt, bis zum Jahr 2010 erschöpft sein, sollte es nicht gelingen, weitere Energieträger zu finden.

Einen kleinen Schritt in diese Richtung hat nun das 'Local Government Engineering Department' des Landes mit einem Slum-Entwicklungsprojekt begonnen. Statt wertvolles Erdgas zu benutzen, kommt die Energie aus einer Fermentationskammer, die die Exkremente von 24 Toiletten in Biogas verwandelt. Obwohl erst ein Pilotprojekt, erhofft sich die Regierung Bangladeshs bald spürbare Entlastungen. Dies ist notwendig, denn bereits im vergangenen Jahren betrug die Kosten der Ölimporte rd.

500 Millionen US-Dollar, dies obwohl nur neun Prozent des 120 Millionen Volkes Elektrizität bezieht; drei Prozent nutzen Erdgas.

Schon heute kann das 'Bangladesh Power Department' nur 90 Prozent des Energiebedarfs decken, der sich in den nächsten fünf-zehn Jahren vervierfachen dürfte. Darunter leiden vor allem die Waldressourcen. 40 Millionen Tonnen Holz werden jährlich allein zum Kochen benutzt. Lediglich acht Prozent der Gesamtfläche Bangladeshs wird noch von Wald bedeckt.

Die Regierung Bangladesh versucht mit der Vergabe von Krediten an Interessenten und der (noch unsicheren) technischen Hilfe Chinas bei der Konstruktion der Biogasanlagen den im Vergleich zu anderen asiatischen Staaten recht bescheidenen Grad der Durchsetzung der Biogasidee zu erhöhen. Den 700 Anlagen in Bangladesh stehen 10 Millionen in China, 1,8 Millionen in Indien und immerhin 20.000 in Nepal gegenüber.

Anarchie auf Dhakas Straßen

Dhaka ist eine schnell wachsende Stadt - Schätzungen gehen von einem Bevölkerungswachstum inklusive Migration von einer halben Million pro Jahr aus. Auch die Anzahl an Verkehrsmitteln aller Art ist in den vergangenen Jahrzehnten in die Höhe geschneit. Nicht die große Anzahl der Busse, Laster oder mit einem Öl-Benzin Gemisch fahrenden "babytaxis" schafft dabei die größten Probleme, sondern die chaotische und undisziplinierte Art ihrer Fahrer. Der PS-Stärkste hat Vorfahrt; ein kühner Rikschafahrer, der die Hierarchie ins Wanken bringen möchte, wird schnell wieder "auf Linie gebracht". Polizisten oder Verkehrsschilder regeln nur in der Theorie den Verkehr - es herrscht das Gesetz des "Dschungels".

Viele der Transportmittel sind von ihrem Besitzer nicht registriert worden und erwecken den Eindruck des baldigen "Dahinscheidens". Nach einer Studie des 'Department of Environment' (DoE) bedürfen 75 Prozent der geschätzten knapp zwei Millionen Fahrzeuge in der Stadt einer dringenden Wartung bzw. Instandsetzung. Wer bereits Opfer der aus den Verkehrsmitteln austretenden schwarzen Giftwolken geworden ist, wird diese Idee sicherlich begrüßen.

Nach dem 'Motor Vehicles Act' von 1983 benötigen die Halter fa-



brikneuer Wagen in den ersten fünf Jahren keine "Fahrtüchtigkeitsbescheinigung". Ältere Fahrzeuge brauchen eine solche alljährlich. Da die 'Bangladesh Road Transport Authority' (BRTA) nach Meinung der Polizei ziemlich willkürlich Bescheinigungen ausstellt, nimmt die

Zahl an prinzipiell verkehrsuntauglichen Gefährten stetig zu. Die angegriffene BRTA wehrt sich und versucht den "schwarzen Peter" zurückzugeben, indem sie die Polizei der mangelnden Überprüfung der Fahrzeuge bezichtigt. Experten verweisen auf die fehlenden bzw.

unzulänglichen Instrumente zur Überprüfung der Fahrtüchtigkeit von Fahrzeugen. Die BRTA hofft mit einem Projekt, das fünf moderne Inspektionszentren in den wichtigsten Metropolen des Landes vorsieht, die Zahl der wrackähnlichen Fahrzeuge zu reduzieren.

Farakka und die Folgen

Der Ganges - in Bangladesh Padma genannt - gehört neben dem Jamuna und dem Meghna zu den Hauptflüssen, den Lebensadern Bangladeshs. 40 Millionen in Norden und Südwesten des Landes nutzen den Ganges beziehungsweise seine zahlreichen Seitenarme und Kanäle als Wasserquelle. Der Fluß ist nicht nur als Trinkwasser-Reservoir unerlässlich, sein Wasser speist auch die Felder in einem Gebiet etwa halb so groß wie Bayern. Außerdem fungiert er als natürliche Schutzbarriere gegen das aus dem Golf von Bengalen nach Norden vordringende Salzwasser und ist auch für die Industrie - zum Beispiel für die Papierindustrie - in den südwestlich gelegenen Metropolen Jessore oder Khulna unentbehrlich.

Diese Funktionsvielfalt kann der Ganges jedoch gegenwärtig nur noch bedingt wahrnehmen. Der Grund besteht in einem ingenieurtechnischen Meisterstück, dessen Erbauer sich indes weder um gutnachbarschaftliche Beziehungen noch um ökologische Bedenken kümmerten - Farakka!

Farakka ist ein riesiges, inklusive Zubringerkanal eine Länge von 38,3 Kilometern aufweisendes Stauwehr, das 1974 auf indischem Boden - zwischen Rajmahal und Bhogoban-gola im westbengalischen Murshidabad Distrikt gelegen - errichtet wurde; lediglich 18 Kilometer von der Grenze zu Bangladesh entfernt. Das erklärte Ziel dieser Aktion bestand in der Schiffbarhaltung des Hafens von Kalkutta. Die Folge des Eingriffs: Statt der 210 Kubikmeter Wasser pro Sekunde, die vor 1974 in der Trockenzeit stromabwärts flossen, sind es heute nur noch 31 Kubikmeter, die sich den Weg Richtung Bangladesh bahnen. Seit Farakka leidet vor allem der Südwesten des Landes während der Winterzeit unter extremer Dürre. In der Monsunzeit, wenn Indien das Ventil für die Wassermassen öffnet, häufen sich dagegen die Überschwemmungskatastrophen - mehr als 6.000 Kubikmeter Wasser pro Sekunde stürzen sich dann auf die Landflächen Bangladeshs.

Schon ist der Grundwasserspiegel im (Winter-)Dürregebiet in einer Größen-

ordnung von zehn Metern dramatisch abgesunken, ist das größte Bewässerungsprojekt des Landes, das Ganges-Kobadak Projekt mit 120.000 Hektar Land, in Mitleidenschaft gezogen. Große Teile der Bewässerungsfläche müssen nun brachliegen. Die durch Ernteauffälle verursachten Kosten belaufen sich jährlich auf dreistellige Millionenbeträge -in US-Dollar! Zugleich verliert Bangladesh wertvollen Boden im Kampf um die Sicherstellung der Ernährungsgrundlage seiner Bevölkerung.

Neben des Mangels an Grundwasser ist es die eintretende Versalzung des Bodens, die stark limitierende Konsequenzen für die Landwirtschaft hat - von den ökologischen Folgen ganz zu schweigen. Die Sundarbans, die prächtigen Mangrovenwälder des Landes, leiden unter der zunehmenden Versalzung. Seit Errichtung des Farakka Stauwehrs hat sich das Mikroklima in der Region verändert mit Konsequenzen für Flora und Fauna, aber auch für den Menschen, die das Trinkwasser aus dem Ganges bzw. dessen Seitenarmen entnehmen müssen. Außerdem gehen die Fischreservate zurück mit Folgen für die Ernährung und das Einkommen der Fischer. Auch viele Bootsmänner können beziehungsweise müssen nun während der Winterzeit einer anderen Beschäftigung nachgehen. Dort, wo früher ganzjährig der Ganges den Fährtransport notwendig machte, erstreckt sich heute ein riesiges ausgetrocknetes Flußbett.

Verhandlungen zwischen Indien und Bangladesh über die Nutzung des Gangeswassers gab es bereits vor Errichtung des Stauwehrs. 1972 wurde eine 'Joint Rivers Commission' (JRC) eingerichtet, die sich umfassend mit der Wasserfrage auseinandersetzen sollte. Nachdem 1990 die Verhandlungen in diesem Gremium eingestellt wurden, ist die JRC nun reaktiviert worden (siehe dazu die Kurzmeldung zu Indien in dieser Ausgabe).

Zwischen 1972 und 1990 wurden mehrere Vereinbarungen getroffen, wobei mit Ausnahme des Zeitraums 1978-1983 in den Abkommen keine Garantieklauseln hinsichtlich der Bangladesh zu-

gestandenen Mindestmenge am Gangeswasser enthalten waren. Folge: Bangladesh erhielt alljährlich zwischen Januar und Ende Mai wesentlich weniger Wasser als zugesagt, obwohl bereits die vereinbarten 100 bis 140 Kubikmeter Wasser pro Sekunde kaum ausreichten, um den Bedarf des Landes zu decken. An diesem Zustand konnte bislang auch nicht der 1990 eingerichtete Ausschuss auf Staatssekretärebene etwas ändern, der in mittlerweile sieben stattgefundenen Verhandlungsrunden kein beide Seiten zufriedenstellendes Ergebnis zu präsentieren vermochte. Nicht minder enttäuschend verliefen die bisherigen Treffen zwischen den Premierministern des Landes, zuletzt in New Delhi während des achten SAARC-Gipfels. Viele Leerformeln, wenig Substanz!

Statt Bangladesh in der Wasserfrage entgegenzukommen, plant Indien einen neuen "Angriff" auf die Lebensgrundlagen des Landes und möchte einen Kanal zwischen dem Jamuna und dem Ganges bauen, der weitere 280 Kubikmeter Wasser pro Sekunde für den Ganges auf indischer Seite liefern und damit der indischen Landwirtschaft helfen soll. Für Bangladesh würde diese Maßnahme weiteren Wasser- aber auch Landverlust bedeuten. Der Kanal würde eine bedeutende Landfläche im Nordwesten Bangladeshs und Tausenden von Bangladeshis ihre Lebensgrundlagen rauben. Die Kanalidee ist nach Meinung von Experten technisch unfundiert, wirtschaftlich unrentabel und ökologisch verhängnisvoll.

Bangladesh setzt sich dagegen für Dammkonstruktionen im oberen Lauf der großen Flüsse ein, um die Regenfälle des Monsuns für die Landwirtschaft besser nutzen zu können. Hier wäre die Einbeziehung Nepals in die Verhandlungen, für die sich Bangladesh stark macht, vonnöten. Doch Indien hat bislang abgewunken. Außerdem versucht Indien alles, um eine "Internationalisierung" der Farakka-Frage zu verhindern.

(Martin-Peter Houscht)